

Für eine nachhaltige und grüne Politik

Interview mit der Stadträtin Dr. Ulrike Schneider in Schweinfurt

Dr. Ulrike Schneider ist seit 24 Jahren Stadträtin in Schweinfurt, viele Jahre war sie es für die CSU und dann für die Freien Wähler. Bei der Kommunalwahl am 15. März 2020 trat sie erstmals für die von ihr initiierte Initiative ZUKUNFT./ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei) an, deren Stadträtin sie in den nächsten sechs Jahren sein wird. Unter dem Dach der Initiative ZUKUNFT. haben sich viele Bürger und kleine Parteien wie ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei), Bayernpartei, Tierschutzpartei und V-Partei zusammengeschlossen, um für mehr Nachhaltigkeit in der Politik einzutreten. Ulrike Schneider, Jahrgang 1966, hat Anglistik und Hispanistik in Würzburg, London und Salamanca studiert. 2001 promovierte sie in Englischer Literaturwissenschaft. Im Interview mit Siegbert Bruns betont sie, weshalb es an der Zeit ist, Politik in allen Bereichen nachhaltiger und grüner zu gestalten.

Sie haben mit Ihrer Initiative ZUKUNFT./ÖDP 22 138 Stimmen geholt und damit den Einzug in den Stadtrat Schweinfurt geschafft. Was bedeutet das Ergebnis für Sie?

Ich freue mich, dass es für meine Initiative, die mit einer christlich-konservativ-grünen Prägung angetreten ist, aus dem Stand ein solch gutes Ergebnis gegeben hat. Wir sind sogar an alteingesessenen Parteien wie der FDP vorbeigezogen, was zeigt, dass immer mehr Menschen begriffen haben, dass wir unser Leben nachhaltiger gestalten müssen. Dafür stehe ich mit meinem Politikansatz seit nunmehr 24 Jahren im Schweinfurter Stadtrat. Dass ich nun im kommenden Jahr ein Vierteljahrhundert in diesem Gremium sitze, freut und erschreckt mich gleichzeitig. Es ist viel Lebenszeit, die ich investiere – und viel Herzblut, das in die Oppositionsarbeit fließt.

Vor der Wahl erklärten Sie, dass es an der Zeit sei, „Politik in allen Bereichen nachhaltiger zu gestalten – sei es beim Klimaschutz, beim Städtebau oder bei den Finanzen“. Wie können Sie diese und andere Ziele erreichen angesichts der Tatsache, dass Sie als einzige Stadträtin die Initiative ZUKUNFT./ÖDP im Stadtrat vertreten?

Wenn man von der Richtigkeit seiner Ziele nur fest genug überzeugt ist, kann man Berge versetzen, auch wenn man zuweilen gegen eine Übermacht kämpft. Ich bin bei den Abstimmungen im Stadtrat häufig unterlegen, habe aber durch meine Haltung in der Öffentlichkeit immer weiter Druck aufgebaut. Bis hin zu Bürgerbegehren, mit denen Ratsbeschlüsse durch die Bürger dann noch einmal überprüft werden konnten. Es ist ein steiniger Weg, aber er lohnt sich am Ende doch. Sie ahnen nicht, wie „nachhaltig“ und

„grün“ die Kollegen der anderen Parteien im Wahlkampf plötzlich geklungen haben, weil sie merkten, dass ein stures Festhalten an eingefahrenen Pfaden auf Kosten der Zukunft (z.B. immer mehr Bau- und Gewerbegebiete, immer mehr Verkehr, immer mehr Events) am Ende Stimmen kosten kann.

Welche Herausforderungen ergeben sich für die Stadt Schweinfurt durch die aktuelle Coronavirus-Pandemie?

Die Lage in meiner Stadt ist schwierig, aber auch nicht schwieriger als im Rest von Bayern bzw. Deutschland. Es gilt, die Ausgangsbeschränkungen einzuhalten – durch Absperrungen, verstärkte Kontrollen und konstante Informationen. Der Stadtrat selbst tagt vorübergehend nicht, da der Mindestabstand im Ratssaal nicht gewährleistet werden kann. Dass unsere städtischen Ordnungskräfte noch lernen müssen, in diesen Zeiten das Wichtige vom Unwichtigen zu unter-



Dr. Ulrike Schneider

scheiden, habe ich selbst vor wenigen Tagen in der Fußgängerzone erlebt. Sie ist breit und angesichts der Corona-Krise so gut wie menschenleer ... trotzdem wird eine junge Radfahlerin von zwei gewichtigen Ordnungshütern angehalten und verwarnt, weil sie nicht von ihrem Rad abgestiegen ist. Die Verwarnung wird mit gerade mal einem halben Meter Abstand erläutert. Eine ziemliches Fehlverhalten angesichts der grassierenden Pandemie.

Ist ihr Vorhaben, mit der Kreisgruppe Schweinfurt – Gochsheim der Siebenbürger Sachsen einen Baum zu pflanzen, noch aktuell?

Ja! Als die Kreisgruppe der Siebenbürger Sachsen mit dem Anliegen auf mich zukam, habe ich mich sehr gefreut. Ich kämpfe seit Jahren für mehr Grün in meiner Heimatstadt, habe zwei Bürgerbegehren für den Baumschutz und einen Stadtwald auf den Weg gebracht, da ist das Pflanzen eines Baumes ein schönes Symbol – es steht für die Natur, für Nachhaltigkeit, für Heimat, für Tradition. Wann wir den Baum gemeinsam pflanzen können, steht im Moment dank des Corona-Virus noch in den Sternen. Aber am Tage X werden wir es tun, gemeinsam und ohne zwei Meter Abstand.

Besten Dank für das Interview.

Florian Roth als Münchner Stadtrat wiedergewählt

Dr. Florian Roth wurde mit 193 418 Stimmen, fast doppelt so viel wie 2014, als Stadtrat in München wiedergewählt. „Dass ich jetzt schon das dritte Mal seit 2008 gewählt wurde, erfüllt mich mit Freude, Stolz, bedeutet für mich aber auch eine hohe Verantwortung für München, der ich versuche, gerecht zu werden“, erklärte Roth der *Siebenbürgischen Zeitung*.



Dr. Florian Roth

Seine Partei, Bündnis 90/Die Grünen, wurde mit 29,2 Prozent der Stimmen erstmals stärkste Stadtratsfraktion, deren Vorsitzender Roth zusammen mit Katrin Habenschaden ist. „Wir haben mit diesem Ergebnis den Auftrag, die Zukunft unserer attraktiven und vielfältigen Stadt verantwortlich zu gestalten. Wir wollen gerade in den Zeiten großer Herausforderungen von Corona über den Klimawandel bis zum Wachstum dieser Stadt alles tun für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, für Klimaschutz, sozialen Zusammenhalt und eine weltoffene und vielfältige Stadtgesellschaft“, sagte der gebürtige Hermannstädter. S. B.

Sozial- und umweltpolitisches Engagement

Isolde Hollweck ist es auf Anhieb gelungen, Gemeinderätin in Schwarzenbruck in Mittelfranken zu werden. Die Tochter von Renate und Hugo Heitz, die aus Zeiden stammen, ist 55 Jahre alt, verwitwet und von Beruf Kinderkranken- und Intensivschwester. Im Interview mit Siegbert Bruns spricht sie über ihre Ziele und Vorhaben.

Wie ist das Wahlergebnis vom 15. März konkret für Sie und Ihre Partei ausgefallen, welches sind die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat von Schwarzenbruck?

Die CSU hat 34,2% der Stimmen (7 von 20 Sitzen) in der Gemeinde Schwarzenbruck erhalten, damit ist sie zum ersten Mal die stärkste Partei seit 40 Jahren. In der CSU bin ich seit

2014 aktiv und habe mich zum ersten Mal zur Wahl aufstellen lassen. Ich bin mit dem Ergebnis (Platz 6, 1 300 Wählerstimmen) sehr zufrieden und habe mich über das Vertrauen der Wähler und Wählerinnen aus Schwarzenbruck sehr gefreut.

Was hat Sie dazu bewogen, sich als Gemeinderätin zur Wahl zu stellen?

Seit 25 Jahren engagiere ich mich in Vereinen (z.B. als Stellvertretende Ortsvorsitzende im VdK; Kirchenvorstand usw.) und mir liegt das Wohl der Gemeinde sehr am Herzen. Mein Vater und ich unterstützen ehrenamtlich umweltbewusste Aktionen (z.B. *Kerhd wärd*) und tragen aktiv zur Säuberung öffentlicher Grünflächen bei. Mein Ziel ist es, mein bisheriges Engagement für die Gemeinde nun auch als Gemein-



Isolde Hollweck

rätin aktiv in sozial- und umweltpolitischen Themen sowie ein besseres Miteinander der Generationen einzubringen.

Gibt es Erfahrungen, die Sie als Siebenbürger Sächsin gemacht haben, die Sie nun als Gemeinderätin einbringen können?

Als meine Familie nach Deutschland ausgesiedelt ist, war ich zehn Jahre alt

und kann mich noch sehr gut daran erinnern. Als Familie in Deutschland Fuss zu fassen und sich zu integrieren, war nicht immer leicht für uns. Aus meiner eigenen Erfahrung kann ich gerade zum Thema Integration ziel führend mitwirken.

Von Beruf sind Sie Kinderkranken- schwester. Welche beruflichen Herausforderungen ergeben sich für Sie durch die Corona-Pandemie?

Als Kinderkrankenschwester steht man stets vor beruflichen Herausforderungen besonders in den Wintermonaten – in der Hochzeit der Infektionen! Die große Herausforderung der aktuellen Pandemie ist, dass ich und meine Kollegen/Innen gesund bleiben, um die nötige Pflege unseren Patienten gewährleisten zu können.

Plontsch im Stadtrat Traunreut

Ingo Plontsch gehört dem neugewählten Stadtrat von Traunreut an. Der CSU-Kandidat hatte bei der Kommunalwahl am 15. März mit 2 098 Stimmen den Einzug zunächst verfehlt. Da Hans-Peter Dangschat (CSU) die Stichwahl um das Bürgermeisteramt gewann, so teilte Plontsch der Redaktion dieser Zeitung mit, „ziehe ich als 1. Listen-Nachrücker in den Stadtrat ein“.



Ingo Plontsch

„Dass er sich in der *Siebenbürgischen Zeitung* vorstellen konnte, sei „bestimmt auch ein Baustein für meinen, wenn auch knappen, Einzug in den Stadtrat Traunreut“ gewesen.

Der 47-jährige Polizeibeamte (stellvertretender Kommissariatsleiter der Kripo in Traunstein), dessen Eltern aus Siebenbürgen stammen (siehe Folge 3 vom 25. Februar 2020, Seite 5) und der mit seiner Gattin und den drei kleinen Kindern in St. Georgen, einem Ortsteil von Traunreut, lebt, möchte sich im Stadtrat vor allem für Familien engagieren und „Traunreut so attraktiv wie möglich für junge Familien machen“. Gegenüber der *Siebenbürgischen Zeitung* hatte Plontsch erklärt: „Dazu gehören eine starke Wirtschaft, ein reizvolles Immobilienangebot, ausreichend Kindergarten- und Kitaplätze, genügend Unterstützung für Schulen, Bildung und Vereine sowie letztendlich ein sicheres Verkehrskonzept dazu. Dafür werde ich mich stark machen.“ In einem Porträt im *Traunreuter Anzeiger* äußert sich Ingo Plontsch zuversichtlich hinsichtlich seiner neuen politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten: „richtig etwas bewegen kann man erst, wenn man im Stadtrat mitarbeitet.“ CS

Verbandsarbeit in Zeiten der Corona-Krise

Tipps und Anregungen des Bundes der Vertriebenen (BdV)

Die Ausbreitung des Corona-Virus „COVID-19“ hat erhebliche Auswirkungen, auch auf alle Ebenen der Verbandsarbeit des Bundes der Vertriebenen und seiner Mitgliedsverbände. Vorstände aller Gliederungen müssen ausgewogene Entscheidungen treffen. Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen und andere Veranstaltungen sind derzeit entweder nur unter Schwierigkeiten oder gar nicht durchführbar. Behördliche Entscheidungen darüber, was genau zulässig und was nicht mehr gestattet ist, können sowohl die Landesregierung des jeweiligen Bundeslandes generell wie auch die zuständige Stadt oder der Landkreis treffen. Die Vorstände auf jeder Ebene sollten sich daher dazu genau und laufend informieren.

Natürlich wird es für die Arbeit sämtlicher Gliederungen weiter notwendig sein, auf Vorstands- und Mitgliederebene Beschlüsse zu fassen. Hierzu bot die bislang geltende Rechtslage, z. T. je nach Satzungsregelung, bereits Möglichkeiten, wie etwa den Beschluss im schriftlichen Umlaufverfahren oder die Mitglieder-/Vorstandssammlung ohne physische Präsenz z. B. als Videokonferenz.

Mit der kürzlich im Deutschen Bundestag und im Bundesrat verabschiedeten COVID-19-Gesetzesinitiative „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“ hat der Gesetzgeber hierzu im Vereins-/Stiftungsrecht für die Zeit der

Corona-Krise einige Erleichterungen eingeführt. Zu finden sind diese im Artikel 2 unter Paragraph 5. Diese Bestimmungen gelten nur im Jahr 2020. Danach gilt wieder die bisherige Rechtslage. Konkret bieten sich folgende Möglichkeiten, die mit der genannten Gesetzesänderung übergangsweise erleichtert wurden.

1. Schriftliches Umlaufverfahren

Das schriftliche Umlaufverfahren ist eine bewährte Form der Beschlussfassung ohne Versammlung. Wenn in der jeweiligen Satzung hierzu nichts anderes geregelt ist, können Beschlüsse laut BGB im Umlaufverfahren gefasst werden, wenn sämtliche (Vorstands-)Mitglieder ihre Zustimmung zu dem Beschlussantrag schriftlich erklären. Mit den nunmehr verabschiedeten Erleichterungen genügt es für das Umlaufverfahren auch ohne konkrete Satzungsregelung, wenn sämtliche (Vorstands-)Mitglieder an der Beschlussfassung im Umlaufverfahren beteiligt werden, mindestens die Hälfte der Mitglieder bis zum Ende der gesetzten Entscheidungsfrist in Textform (dazu gehören auch Fax, E-Mail, *WhatsApp* u.a. Nachrichtendienste) an der Abstimmung teilnehmen und der Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit gefasst wird.

2. Virtuelle Versammlungen, Telefon- und Videokonferenzen

Manchen sind Telefon- oder Videokonferenzen als virtuelle Versammlungen

bereits bekannt. Unter den aktuellen Gegebenheiten tritt hierbei auch ein weiterer Aspekt in den Vordergrund: Damit sind auch jetzt noch Gespräche und Austausch möglich – und somit aktive und lebendige Verbandsarbeit. Wo schon jetzt in der Satzung die Möglichkeit virtueller Versammlungen geregelt ist, können solche Versammlungen ohne die o.g. Einschränkungen eines schriftlichen Umlaufverfahrens durchgeführt werden. Mit den nunmehr verabschiedeten Erleichterungen können von vornherein und auch ohne entsprechende Satzungsregelungen virtuelle Versammlungen einberufen werden. Es ergibt sich außerdem die Möglichkeit einer „gemischten Beschlussfassung“, z. B. indem einzelne Mitglieder vor einer – virtuellen oder physischen – Sitzung oder Versammlung ihre Stimmen schriftlich (zum Beispiel per Brief oder Fax) abgeben.

3. Vorstände bleiben bis Abberufung oder Neuwahl im Amt

Was passiert, wenn eine Nach-/Neuwahl nicht rechtzeitig erfolgt? Sieht die Vereinsatzung nicht vor, dass der Vorstand bis zur Neubestellung/Neuwahl im Amt bleibt, scheidet er mit Ablauf seiner Amtszeit automatisch aus. Hier droht Handlungsunfähigkeit. Vorstandsmitglieder eines Vereins/einer Stiftung bleiben jetzt auch nach Ablauf ihrer Amtszeit automatisch bis zu ihrer Abberufung oder bis zur Bestellung eines Nachfolgers im Amt. Damit stellt der Gesetzgeber sicher, dass Stiftungen und Vereine handlungsfähig bleiben, selbst wenn zwischenzeitlich die Amtsperiode eines Amtsträgers abgelaufen ist.

! Den vollständigen Text des BdV finden Sie im Internet unter www.siebenbuerger.de/go/20874.



Seniorenresidenz Maria Theresia

Seniorenresidenz Maria Theresia

Die Seniorenresidenz befindet sich im malerisch gelegenen Ort Kleinscheuern in Siebenbürgen zwischen Hermannstadt und Salzburg (Ocna Sibiului).

Das Pflege- und Seniorenheim wurde nach strengen europäischen Normen und Standards gebaut. Wir bieten ein ganzheitliches Pflege- und Betreuungskonzept nach neuesten pflegewissenschaftlichen Erkenntnissen an. Die pflege- und medizinische Betreuung erfolgt durch ein deutsch-österreichisch-rumänisches Ärzteteam.

Seniorenresidenz Maria Theresia

www.altenresidenz.eu • E-Mail: contact@mariatheresia.ro
Telefon: (01 71) 5 49 19 31 oder (00 43-6 64) 3 08 70 20